

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 8

Artikel: Der Nationalkollektivismus in Europa
Autor: Röpke, Wilhelm
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159768>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER NATIONALKOLLEKTIVISMUS IN EUROPA

VON WILHELM ROPKE

1.

Wirtschaftliche und soziale Gesamtordnung im Innern, die Krise der internationalen Wirtschaft — beides geht nebeneinander her, und es scheint, als hätten sie wenig miteinander zu tun. Jedenfalls ist es nicht leicht, eine solche Beziehung ohne weiteres zu entdecken, und Staatmänner wie Nationalökonomen, die an einer solchen populären Meinung nicht ganz uninteressiert sind, bemühen sich, die Krise der internationalen Wirtschaft als einen bloßen historischen Unglücksfall hinzustellen, der einzelne Länder betroffen hat, wobei es sie wenig kümmert, daß die am stärksten betroffenen zugleich diejenigen sind, die im Innern einen sozialistischen Kurs steuern, mögen sie nun kriegsverarmt wie Großbritannien und Norwegen oder reiche Neutrale wie Schweden oder Argentinien sein. Nicht nur meint man, es handle sich um Schwierigkeiten, die allein auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen beschränkt sind und aus ganz spezifischen und einmaligen Umständen zu erklären sind, sondern man hält diese Katastrophe auch für bloß vorübergehend. In dieser Meinung haben ja auch die sozialistischen Länder Europas — in dem hier allein wichtigen Sinne ist es die Mehrzahl — die Marshallhilfe angenommen. Laßt uns erst einmal unsere Zahlungsbilanz in Ordnung bringen, laßt uns nur erst einmal in der Überwindung der Kriegsfolgen über den Berg sein, dann wird sich zeigen, daß unser neuer sozialistischer Wirtschaftstypus nicht nur im Innern, sondern auch nach außen auf festen Füßen steht! Bis dahin freilich brauchen wir den amerikanischen Dollarsegen. Das ist die Überlegung, die wir, ohne Gefahr, uns zu täuschen, in den Gedanken der für den europäischen Sozialismus Verantwortlichen und ihm Ergebenen lesen dürfen.

Diese Meinung ist grundfalsch, und jeder Tag, der vergeht, macht das immer deutlicher. Die internationale Krise ist weder etwas für sich Stehendes und historisch Zufälliges, noch ist sie etwas Vorübergehendes. Sie ist auch keineswegs etwas, wofür die sozialistischen Länder die Verantwortung ablehnen können, indem sie sich auf die Dollarknappheit und die Krise der Zahlungsbilanz als eine Art von

Viehseuche berufen und den Anteil vergessen, den ihre eigene innere Wirtschafts-, Geld- und Finanzpolitik daran hat. Vielmehr steht die heutige Krise der internationalen Wirtschaft in allerengstem Zusammenhang mit bestimmten Mängeln der wirtschaftlichen Gesamtordnung in allen Ländern, die dem sozialistischen Kurse ergeben sind. Die internationale Krise erörtern heißt nicht, eine, wenn auch höchst wichtige, so doch ephemer Tagesfrage beleuchten. Es heißt vielmehr: den internationalen Aspekt der ungeheuren Gesamtkrise unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems studieren. Bilateralismus, Schachtismus, Devisenzwangswirtschaft, Krise der Zahlungsbilanz — das alles ist nicht mehr als ein Teil einer Gesamtentwicklung, die im Zeichen des Kollektivismus steht, freilich ein besonders wichtiger und besonders verhängnisvoller und in die Augen fallender.

Die Wahrheit ist, daß sich aus innerem Sozialismus und äußerer Abschließung fast überall in Europa ein System herausgebildet hat, das man als *Nationalkollektivismus* bezeichnen kann, wenn man sich scheut, es als National-Sozialismus zu bezeichnen. Und die weitere, nicht minder bittere Wahrheit ist, daß diese Mischung von Sozialismus und nationaler Abschließung sich mit einer unheimlichen Logik und einer schneidenden Ironie als unentrinnbar erwiesen hat, nachdem man einmal den Pfad des Sozialismus beschritten hatte, und dieser Notwendigkeit kann man sich nicht entziehen, solange man auf diesem Pfade verharrt. Es ist eine sehr vertraute Kombination, denn in allen wesentlichen *wirtschaftlichen* Stücken und Konsequenzen ist es jenes aus innerer *Wirtschaftslenkung*, «zurückgestauter Inflation», «Vollbeschäftigung», *Devisenzwangswirtschaft*, *Planwirtschaft des Außenhandels und Bilateralismus zusammengesetzte System*, das das Hitlerreich der staunenden Welt vorgeführt hatte. Es ist, wenn man eine zugespitzte Formulierung wagen darf, *Nationalsozialismus minus Gestapo und Auschwitz und politischem Wahn*.

So sind es denn drei Sätze, die herauszumeißeln sind. Der *erste* lautet: Die heutige Krise der internationalen Wirtschaft, die sich von Monat zu Monat zu verschlimmern und zu einer Krise der internationalen Gemeinschaft schlechthin zu führen droht, ist im Grunde eine Krise des vorherrschenden Nationalkollektivismus. Der *zweite* lautet: Gemäß ihrem inneren Ursprung kann die heutige internationale Krise nur beseitigt werden, wenn endlich dem Nationalkollektivismus ein Ende gemacht wird. Der *dritte* lautet: Da aber die Weltwirtschaft zerstörende nationale Abschließung mit Notwendigkeit aus der Zerstörung der Marktwirtschaft durch den Sozialismus im Innern der Nationen folgt, da es, mit anderen Worten, keine andere Form des Kollektivismus gibt als die nationale oder, noch besser, als die nationalistische, so ist auch die Heilung der internationalen Krise nur von einem energischen Abbau des Kollektivis-

mus auf der ganzen Linie mitsamt seinen Begleiterscheinungen eines ungeheuer aufgeblähten Staatsapparates, einer Verschwendug der Staatsmittel und eines lähmenden Fiskalsozialismus zu erhoffen. Alles andere ist Quacksalberei, Illusionismus und sterile Geschäftigkeit. Es ist unverantwortlich geworden, sich und anderen weiterhin Sand in die Augen zu streuen und mit allen möglichen Phrasen einer Folgerung auszuweichen, die man in den lapidaren Satz zusammenfassen kann: *Der Augenblick ist gekommen in Europa, da wir zwischen Kollektivismus und internationaler Gemeinschaft wählen müssen, so wie wir zwischen Kollektivismus und Freiheit oder zwischen Kollektivismus und Massenwohlstand wählen müssen.*

Diesen Satz gilt es nunmehr nach verschiedenen Seiten zu beleuchten und ihn mit den großen Problemen des heutigen Europas in Verbindung zu setzen.

Unsere erste und dringendste Aufgabe ist es, unwiderleglich zu beweisen, daß es keinen anderen Kollektivismus als den Nationalkollektivismus geben kann und der Internationalismus der sozialistischen Ideologie in der Praxis notwendigerweise in den schlimmsten Nationalismus umschlagen muß.

2.

Im allgemeinen beurteilt man den modernen *Kollektivismus* dann am zutreffendsten, wenn man in ihm eine der *paradoxesten* Ideen aller Zeiten sieht. Selbst wenn er von edlen Motiven inspiriert ist, muß er sich heute eingestehen, daß er nicht nur seine eigenen Ziele verfehlt, sondern die eigentlichen Grundsätze zivilisierter Gesellschaft bedroht, in denen wir alle übereinstimmen, eingeschlossen die nicht-totalitären Sozialisten. Wir alle messen der Freiheit unter dem Gesetz und den Bürgerrechten den höchst denkbaren Wert bei, aber der Kollektivismus nimmt sie uns, auf einmal oder Stück für Stück. Wir alle erstreben ein ergiebiges, geordnetes und gerechtes Wirtschaftssystem, aber der Kollektivismus bringt Unordnung, Lähmung, Entbehrungen und neue und größere Ungerechtigkeiten. Wir alle finden schwer erträglich, was Monopol, Privileg und Ausschließlichkeit ist, aber Kollektivismus bedeutet ein Supermonopol, vor dem kein Entrinnen mehr ist. Wir alle — und damit kommen wir zu unserem Problem zurück — ersehnen eine wahre Gemeinschaft der Völker, aber der Kollektivismus trennt sie voneinander, setzt sie hinter die Mauern der Staatsgrenzen und sät den Samen der Zwitteracht zwischen ihnen. Jedermann gibt das alles für den Fall des totalitären Kollektivismus zu, mag es sich um die rote oder um die braune Spielart handeln. Wenn so viele sich noch immer dagegen

sträuben, den Soziologen zu folgen, die über die letzten Folgen des *nicht-totalitären* — des sogenannten «demokratischen» — *Kollektivismus* von der Art des englischen Laboursozialismus kaum weniger pessimistisch denken, so haben sie gewiß recht, soweit es sich um die Motive und guten Absichten der meisten «demokratischen» Sozialisten handelt. Wir müssen aber lernen, von den Motiven und Absichten die wirklichen Folgen zu trennen und mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sie den beabsichtigten schnurgerade widersprechen. Niemand hat das Recht, die «demokratischen» Kollektivistin durch zu beleidigen, daß er sie mit den totalitären Mörtern der Freiheit, des Wohlstandes und der Völkergemeinschaft in einen Topf wirft. Niemand darf den Unterschied mißachten, der sie trennt, aber, was die praktische Wirkung auf die Dauer anlangt, so besteht hinglicher Grund zu der Annahme, daß es sich um einen Unterschied handelt gleich dem zwischen Mord und fahrlässiger Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Obwohl das für das Opfer auf dasselbe hinausläuft, so bedeutet dieser Unterschied eben doch, daß man hoffen darf, durch Warnungen und vernünftiges Zureden ein Unglück zu verhüten. Es hat keinen Sinn, mit einem Lustmörder zu debattieren, aber es ist nicht aussichtslos, einen leichtsinnigen Fahrer zur Besinnung zu bringen.

Nun läßt sich kaum irgendwo sonst die unentrinnbare Fahrt des Kollektivismus — auch des «demokratischen» — so deutlich machen wie in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Während die Marktwirtschaft den Wirtschaftsprozeß privatisiert und politisch so neutral wie möglich macht, bedeutet der Kollektivismus, soll er überhaupt einen Sinn haben, seine «Politisierung». Das heißt: er macht das Wirtschaftsleben zu einem Prozeß, der gleich den echten und notwendigen Staatsbereichen wie Verteidigung und Rechtspflege zur Regierungssache wird. Dieser Prozeß wird nunmehr in seinem Ablauf von der politischen Verwaltung gesteuert, die ihre Befehle gibt und sie mit den ihr eigenen Zwangsmitteln durchsetzt. Das heißt ferner, daß sich der Bereich, innerhalb dessen diese zwangsweise Steuerung der Wirtschaft stattfindet, mit der souveränen politischen Einheit deckt, die ihren Wirtschaftsplan zu erzwingen imstande ist. Innerhalb dieser souveränen politischen Einheit herrscht nunmehr die äußerste Konzentration der Macht in der Hand der Regierung. Um so tiefer aber gähnt die Kluft, die diese Befehlszelle von den übrigen politischen Monaden trennt.

Was bedeutet das nun konkret? Das hängt davon ab, welches die politische Einheit ist, die die sozialistische Lenkungsgewalt ausübt. In der Regel wird das die Nation sein. Es ist aber deutlich, daß ein solches nationales System einen Grad von Zusammenschweißung, einen Grad von Zentralisation aller politischen Entschei-

dungen voraussetzt, der das für Selbstverwaltung und Föderalismus unerlässliche Minimum an Eigenleben der Staatsglieder auslöscht und bestenfalls nur noch eine Art von folkloristischem Föderalismus wie in Rußland oder Jugoslawien übrig lässt. Würde man aber versuchen, den Sozialismus auf der Stufe der Einzelglieder — der Länder, Kantone oder Gemeinden — durchzuführen, so ist es ebenso deutlich, daß ein solcher Kommunal- oder Regionalsozialismus die nationale Einheit sprengen müßte. In jedem Falle würde also der Föderalismus dem Sozialismus zum Opfer fallen: er würde entweder in Zentralismus oder in Separatismus enden. Für die Entartung des Föderalismus im *Zentralismus* wird heute überall in der Welt fortgesetzt der Beweis geliefert, wo auch immer sozialistische Tendenzen von Bundesstaaten das Prinzip der regionalen oder kommunalen Selbstverwaltung aushöhlen. Für die entgegengesetzte Wirkung des Sozialismus aber, d. h. für die Tendenz eines regionalen Sozialismus, die nationale Einheit in *Partikularismus* aufzulösen, hat Deutschland nach dem letzten Kriege den klassischen Beweis geliefert, damals, als die deutsche Volkswirtschaft prompt in ebensoviele autark-kollektivistische Fragmente zersplitterte, wie es Kommandostellen der Zwangswirtschaft gab, während früher unter der Herrschaft der Marktwirtschaft nicht einmal die Trennung der Völker durch Staatsgrenzen, Sprachen, Sitten oder Geldsysteme den ganzen Erdball daran gehindert hatte, ein einziges zusammenhängendes Wirtschaftssystem zu bilden. Wenn heute Atlantik- und Sowjetdeutschland wirtschaftlich wenigstens so miteinander verkehren könnten, wie damals Schweden und Argentinien, so wäre der höchste Grad der Wirtschaftseinheit zwischen Dresden und Stuttgart erreicht, den man sich nur wünschen kann. Da aber beide Teile Deutschlands dem Prinzip des Kollektivismus folgen — Sowjetdeutschland auf der ganzen Linie und im höchstmöglichen Grade, Atlantikdeutschland zum mindesten noch immer in der Außenwirtschaft —, so sind sie wirtschaftlich weiter voneinander getrennt als damals im Zeitalter der Marktwirtschaft Feuerland und Tibet.

Diese Erwägungen brauchen wir nur auf die internationalen Beziehungen anzuwenden, um auch hier die Wirkung des Kollektivismus zu erkennen. Als ein System der Politisierung («Verbehördlichung») der Wirtschaft, so sahen wir, bedeutet der Kollektivismus: äußerste Machtzusammenballung unter Sprengung der nächsthöheren politischen Gemeinschaften. Da nun der Fall Deutschlands als eine Ausnahme gelten kann, so dürfen wir annehmen, daß die normale Form des Kollektivismus diejenigen sein wird, da er innerhalb einer Nation und durch eine einheitliche nationale Regierung verwirklicht wird. Das heißt: äußerste Konzentration des Wirtschaftslebens innerhalb der Nation. Aber das heißt nun auch: diese nationale Kon-

zentration durch die politische Instanz der Landesregierung muß *mit um so schrofferem Abschluß nach außen* erkauf werden. Anders ausgedrückt: Sozialismus bedeutet hundertprozentigen Etatismus, aber den Etatismus welchen Staates? Da es keinen Weltstaat gibt — und glücklicherweise keiner in Aussicht steht —, so bedeutet Sozialismus den hundertprozentigen Etatismus des Nationalstaates, und da damit der Aufgabenbereich des Staates ins Ungemessene vergrößert wird, so heißt das ferner eine *Steigerung der nationalen Souveränität zur n-ten Potenz*. Kein Wunder, daß, aller internationalistischen Phraseologie zum Trotz, die grimmige Wirklichkeit des Kollektivismus ohne Ausnahme gekennzeichnet ist durch strengste Devisenzwangswirtschaft, Bilateralismus, internationale Anarchie, Auflösung der Weltwirtschaft, «Schachtismus», Willkür, Staatsmonopol und Planwirtschaft des Außenhandels, Rücksichtslosigkeit gegenüber anderen, schwächeren Nationen und kleinlichste Kontrolle aller Dinge, die die Grenze überschreiten, seien es Güter, Geld, Kapital, Menschen oder Gedanken. So wie innerhalb eines Landes ein regionaler Kollektivismus die nationale Gemeinschaft zerstören und in ihre Stücke auflösen muß, erweist er sich auch als *wirksamstes Mittel der Spaltung der internationalen Zusammenarbeit*. Ist das Nebeneinander kollektivistischer Nationalwirtschaften mit einer echten internationalen Wirtschaft unvereinbar, wie wir sie früher unter dem Namen der Weltwirtschaft gekannt haben, so erst recht mit irgendwelchen Formen eines *engeren internationalen Zusammenschlusses*. Auch hierfür ist jetzt ein unwiderleglicher Erfahrungsbeweis durch die Schwierigkeiten geliefert worden, die sich der Verwirklichung der Benelux entgegenstellen. Was der Nationalökonom immer voraussagen konnte, ist nun jedem klar geworden: solche Wirtschaftsunionen sind nur dann von mehr als bloß optischer Bedeutung, wenn es gelingt, in den beteiligten Ländern die Marktwirtschaft wiederherzustellen, aber man darf sich die ketzerische Frage stellen, ob sie denn überhaupt noch einen großen Wert haben.

Will man zwischen mehr oder weniger kollektivistischen Ländern — die am besten immer am Vorhandensein der Devisenzwangswirtschaft zu erkennen sind — eine Wirtschaftsunion herstellen, so ist das, da Kollektivismus die Politisierung der Wirtschaft bedeutet, nur durch eine völlige Verschmelzung der Regierungen möglich. Um aber zu erkennen, wie utopisch der Gedanke an eine *freiwillige* Aufgabe der nationalen Souveränität ist, müssen wir uns daran erinnern, daß unter der Herrschaft des Sozialismus eine solche politische Union ja nicht einmal in der lockeren und schonenden Form der Föderation erfolgen könnte, so wenig der Sozialismus innerhalb einer Nation mit dem Föderalismus vereinbar ist. Sie müßte vielmehr notwendigerweise zu einem aufs straffste zentralisierten Einheitsstaate

der betreffenden Länder führen. Die Aussichten einer solchen Bildung mag sich jedermann selber ausmalen.

Was auf der nationalen Ebene gilt, ist also ebenso auf der internationalen wahr: auch der *internationale Föderalismus ist mit Sozialismus schlechthin unvereinbar*. Ist der Sozialismus national, so gibt es deshalb keine internationale Föderation, weil ja in diesem Falle nicht einmal ein *normaler* Wirtschaftsverkehr zwischen den beteiligten Staaten möglich ist — genau so wenig, wie der schweizerische Bundesstaat bestehen könnte, wenn ein Sozialismus der Kantone zu ihrer Abschließung durch kantonale Devisenzwangswirtschaft führen würde. Ist der Sozialismus jedoch übernational, so gibt es deshalb keine internationale Föderation, weil er einen zentralisierten Superstaat voraussetzt, der mit dem nationalen Eigenleben genau so kurzen Prozeß machen müßte, wie ein nationaler Sozialismus mit dem kantonalen und kommunalen. Da aber ein solcher Superstaat niemals mit der Zustimmung der beteiligten Nationen zustande kommen kann, so ist ein solcher übernationaler Sozialismus unmöglich, es sei denn als ein von einem Hitler oder Stalin zusammengeschmiedeter «Großraum». Das heißt: *Sozialismus oder Kollektivismus bedeutet praktisch immer Nationalkollektivismus*.

Nun hat es mit dem genannten Superstaat noch seine eigene Bewandtnis, die man sich am besten am Beispiel der Schweiz klar macht. Wir brauchen nicht zu wiederholen, daß und warum eine sozialistische Wirtschaftsverfassung dem Föderativcharakter der Schweiz notwendigerweise ein Ende bereiten müßte. Wir nennen die Schweiz vielmehr deshalb hier, weil sie gewiß das Beispiel eines Staates ist, dessen wirkliches Lebensgesetz der Föderalismus ist. Nur dieser kann das Wunder einer freien, friedlichen und doch kräftigen nationalen Gemeinschaft so mannigfacher ethnischer Gruppen bewirken und erklären. Gerade dies aber ist es, was so viele mit Recht veranlaßt, für einen politischen Zusammenschluß Europas die Schweiz zum Muster zu wählen. In der Tat: so wie die Schweiz im Kleinen ist auch eine Union Europas im Großen nur als eine Föderation denkbar, es sei denn, irgendein Tyrann wollte aufs neue versuchen, diesen Kontinent mit Gewalt zu einem «Großraum» zusammenzukneten. Aber wie Europa und die Schweiz nur als Föderationen vorstellbar sind, so sind sie als Föderationen nur vorstellbar, wenn die Wirtschaftsordnung *nicht* sozialistisch ist. Diese unentzerrbare Logik bewirkt, daß *der Weg zum europäischen Zusammenschluß nur über den Abbau des Sozialismus führt*. Darüber sollte jetzt nachgerade kein Wort weiter zu verlieren sein, trotz allen Beschwichtigungsversuchen und trotz allen Tendenzen, fromme Wünsche und gute Absichten bereits für die Tat zu nehmen. *Der Kollektivismus ist notwendigerweise ein Nationalkollektivismus, und dieser Nationalkollek-*

tivismus ist weder mit irgendeiner lockeren oder festen Form der europäischen Kooperation vereinbar noch auch in einen überstaatlichen Kollektivismus überzuführen. Ja, er ist nicht einmal mit einem normalen wirtschaftlichen Zusammenleben der Völker verträglich, so wie wir es früher vor dem Einbruch des Kollektivismus gekannt haben. Weit entfernt, eine engere Verschmelzung der Nationen zuzulassen, ist er das sicherste Mittel, schon den normalen internationalen Wirtschaftsverkehr zu zerstören, die freie Weltwirtschaft, um derentwillen wir gern auf alle Charters, Konferenzen, Resolutionen und Unionen verzichten würden. Und der engere Zusammenschluß Europas wird inbrünstig von Menschen gefordert, die aktiv oder passiv den Kollektivismus begünstigen und damit alles tun, um selbst das alleräußerste Minimum an internationaler Wirtschaftsgemeinschaft unmöglich zu machen und die internationale Wirtschaft einer Katastrophe zuzutreiben, die sich bereits unheimlich ankündigt. Stellt man diese beiden Tatsachen einander gegenüber, so muß es jedem klar werden, wie berechtigt es ist, den heutigen Kollektivismus als eine der paradoxesten Bewegungen aller Zeiten zu bezeichnen.

3.

Rücksichtslose Klarheit des Denkens ist heute dringender denn je. Nur so sind wir imstande, uns von den verhängnisvollen Konfusionen und Illusionen zu befreien, die auf diesem Gebiete an der Tagesordnung sind. In Wahrheit kann nämlich die Lage nicht ernster und gefahrdrohender sein. So wird es auch immer deutlicher, daß die zunächst für Spielverderber angesehenen und als weltfremd verhöhnten Warner, die ohne grundlegende Beseitigung des vorherrschenden Nationalkollektivismus in Europa einen schweren Mißerfolg des *Marshallplans* vorausgesagt haben, Recht behalten. Bereits heute, da die Marshallmilliarden fließen, befinden wir uns mitten in einer schweren Krise der internationalen Wirtschaft, und man darf sich fragen, was erst werden soll, wenn sie nicht mehr fließen. Wenn der Marshallplan über eine bloße humanitär-politische Hilfsaktion hinaus einen Sinn — und dann einen von welthistorischer Größe — haben soll, so doch als eine Maßnahme, die den europäischen Ländern eine Atempause gibt, in der sie durch Beseitigung des Nationalkollektivismus die weitere Marshallhilfe überflüssig machen und eine echte internationale Wirtschafts- und Zahlungsgemeinschaft wieder herstellen. Amerika und Europa haben sich in die Verantwortung dafür zu teilen, daß bisher noch kein entscheidender Schritt auf diesem Wege getan worden ist — Amerika nicht nur durch Unklarheit des Kurses, sondern vor allem auch durch das Festhalten an einem Pro-

tektionismus und Wirtschaftsnationalismus, der allen guten Lehren ins Gesicht schlägt, die es Europa erteilt. Ehe hierin kein Wandel eintritt, haben wir allen Anlaß, die weitere Entwicklung mit größter Sorge zu verfolgen. Wie aber soll ein solcher Wandel eintreten, wenn man die nationalökonomischen Zusammenhänge nicht erkennt, auf die es hier ankommt? *Inzwischen erleben wir die sterile Geschäftigkeit der Konferenzen und der sich immer weiter ausbreitenden Bürokratie der internationalen Organisationen*, deren Nutzen in einem geradezu lächerlichen Mißverhältnis zu ihren Kosten und Ambitionen steht, während sie durch die Illusionierung der Nationen und die Ablenkung vom Wesentlichen und Dringenden um so größeren Schaden stiften. Inmitten dieser bedrückenden Atmosphäre der Phrasen, der Selbstgefälligkeit und der Verblendung zeichnen sich mit unheimlicher Deutlichkeit die Umrisse einer Katastrophe ab, die alles zu nichte machen könnte, was in den letzten Jahren dem Kommunismus an Terrain abgewonnen worden ist: des völligen Zusammenbruchs des internationalen Wirtschafts- und Zahlungssystems mit geradezu unabsehbaren Folgen. Wenn man bedenkt, daß es die Folgen des Sozialismus sind, die dem geduldig lauernden Kommunismus neue Aussichten bieten, so ermißt man aufs neue, wie paradox es ist, wenn sich die europäischen Sozialisten als einen Damm gegen den Kommunismus rühmen, während sie in Wahrheit seine Brücke sind. Je länger man zögert, das einzige zu tun, was jene Katastrophe abwenden kann, um so schwerer könnte dieser Schritt werden, und vielleicht wird man von den kommenden Monaten dereinst sagen, daß sich in ihnen wieder einmal das Schicksal der Welt entschieden habe. Was jenes einzige aber ist, kann nicht mehr zweifelhaft sein. Es ist die Beseitigung des Systems, das hier als Nationalkollektivismus bezeichnet und beschrieben worden ist.

Die Abwertung des englischen Pfundes und der übrigen «weichen» Währungen könnte als ein wichtiger Schritt zur Überwindung der internationalen Krise gelten, sofern begriffen wird, daß die Abwertung die internationale Wirtschaftskrankheit — den Nationalkollektivismus — nicht heilt, sondern diese Heilung nur erleichtert. Alles weitere hängt jetzt davon ab, ob die große Chance, die durch die Normalisierung der internationalen Kursrelationen geschaffen worden ist, zu einem schnellen Abbau des Nationalkollektivismus ausgenutzt wird oder nicht, wobei das wichtigste Stück dieses Abbaus die Beseitigung der Devisenzwangswirtschaft ist.